

Gegen Kürzungen im Bildungsbereich, für eine Zukunft mit mehr Mitbestimmung

(B 11/2014)

Die Bildung, die (junge) Menschen in Schule und Hochschule erhalten, ist entscheidend für das weitere Leben und das Bestehen in der Gesellschaft. Dafür brauchen wir Schüler*innen Schulen und Hochschulen, an denen nicht weiter verstümmelt und gekürzt wird, sondern die Möglichkeit eine breite Auswahl an Fächern zu erlernen, ohne in Konkurrenz zu unseren Freund*innen treten zu müssen.

Wir kritisieren jeglichen Versuch, uns unsere Zukunft zu klauen, indem sich Hochschulen „ein Profil zulegen“ sollen oder die Inklusion nur an der Oberfläche umgesetzt wird. Stattdessen müssen die Bedarfe der Schulen offen gelegt und erfüllt werden. Eine Lehrer*innenversorgung von 100% ist für uns keine Utopie, sondern eine Selbstverständlichkeit. Inklusion und Ganztagschulausbau müssen weiter vorangetrieben werden.

Damit wir unsere Zukunft sicher wissen und in einer möglichst sozialen Gesellschaft leben und bestehen können, fordern wir die Ausfinanzierung der Bereiche Soziales, Jugend, Bildung und Wissenschaft. Dafür brauchen wir dringend die Sofortmaßnahme einer Investition von 20 Millionen Euro und fordern mindestens 250 Millionen Euro ein, um die bildungspolitische Lage mittelfristig zu verbessern. (Henrik Piltz: Bildungsfinanzierung im 21. Jahrhundert)

Das Instrument Schuldenbremse begünstigt nach unserer Wahrnehmung Kürzungen in den Bereichen Bildung und Soziales, da diese Bereiche langfristig orientiert sind. Die Schuldenbremse ist daher unserer Meinung nach nicht zielführend und fokussiert eine Umverteilung des Reichtums von unten nach oben. Daher fordern wir die Streichung der Schuldenbremse aus Landesverfassung und Grundgesetz.

Als diejenigen, die unter den Kürzungen in den (Hoch-)Schulen leiden müssen, ist es unser Wille, jetzt dagegen aufzubegehren!

Wir wollen lernen, ohne in Konkurrenz zueinander zu stehen und nicht nur das lernen, was wirtschaftlich rentabel ist. Wir wollen das lernen, was uns interessiert. Wir kritisieren die einseitige Beurteilung der Leistung nach Noten, die eine Persönlichkeit in einer Ziffer zusammenfassen. Wir wollen, dass jede*r die Kompetenzen in der eigenen Lerngeschwindigkeit erreichen kann und differenzierte Textzeugnisse den individuellen Lernstand wiedergeben. Eine Note darf höchstens unterstützendes, nicht alleiniges Mittel sein. Wir wollen miteinander lernen statt gegeneinander und sehen hier eine wichtige Voraussetzung, soll Inklusion gelingen.

Wie das detailliert stattfinden kann, sollten alle Betroffenen gemeinsam erklären, ohne immer Druck von oben nach unten weiterzugeben. Langfristig gelingt das nur, wenn wir diese Gesellschaft zu einer Solidarischeren verändern.

Um eine gute Bildung zu erreichen, müssen mehr Entscheidungen in die Hände von Schüler*innen gelegt werden. Mit der Schulgesetznovelle von 2009 wurden die Rechte von

Schülervertretungen massiv beschnitten. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen halten wir eine umfassende Schüler*innenvertretungsarbeit an Schulen für schlicht unmöglich. Daher fordern wir eine Verbesserung der Bedingungen.

Wir wollen die Strukturen, in denen Schüler*innenvertretung stattfindet, selber verwalten. Ein schulverwaltungsgesetzliches Verbot der Basisdemokratie innerhalb der Schüler*innenschaft ist aus unserer Sicht unbegründet und kontraproduktiv und muss sofort aufgehoben werden, im Gegenteil ist eine basisdemokratische Entscheidungsfindung für die gesamte Schule förderlich und aus unserer Sicht ein erstrebenswertes Ziel.

Die GSV muss in der Entstehung neuer Gesetze beteiligt werden, anstatt zu fertigen Gesetzen nur Stellungnahmen abgeben zu dürfen, die häufig nicht übernommen werden.

Wir wollen die Gesellschaft in eine ohne Ausgrenzung zu verwandeln. Ein schönes Leben sollen alle haben können.

Wir beschließen in unseren Schulen aktiv zu werden und zu zeigen, was uns nicht passt.

Wir fordern von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft:

- Ausstattung aller Schulen mit mindestens 100% des Bedarfes an Lehrer*innenstunden
- Rücknahme der im Wissenschaftsplan 2020 vorgesehenen Prüfaufträge

- Unterstützung der Notenzeugnisse durch ein Textzeugnis / einen Lernentwicklungsbericht in allen Jahrgangsstufen
- Die Möglichkeit miteinander statt gegeneinander zu lernen

- Beteiligungsmöglichkeiten für Schüler*innen an ihren Schulen
- Die Möglichkeit, Schüler*innenvertretung basisdemokratisch zu organisieren
- Gleichberechtigung aller Personengruppen in der Schulkonferenz und anderen Gremien
- Basisdemokratische Organisation der Entscheidungen innerhalb der Schule
- Mitsprache der GSV bereits im Entstehungsprozess neuer Gesetze, nicht erst in der Beschlussphase
- Selbstverwaltung der Strukturen, die in erster Line Schüler*innen betreffen

Wir fordern von der Senatorin für Finanzen:

- 20 Millionen Euro für Bildung und Wissenschaft als Sofortmaßnahme
- 250 Millionen Euro als mittelfristige Verbesserung der bildungspolitischen Lage
- Aufhebung des „Bildungskillers“ Schuldenbremse
- Notwendige Geldmittel zur Umsetzung der Forderungen an die Senatorin für Bildung und Wissenschaft
- Das Einsetzen für ein Ende des Kooperationsverbots auf Bundesebene